

Rüsselsheim am Main, den 27.11.2025

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 06.11.2025 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift 25.09.2025

Die Niederschrift vom 25.09.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 - Einbringung -

Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2025 – 2029 - Einbringung -

Herr Oberbürgermeister Burghardt bringt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 und die Finanzplanung für den Zeitraum 2025 – 2029 ein.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TEIL I

TOP 4 24. Nachtragssatzung zur Änderung der Abwasserbeitrags- und Gebührensatzung (AbwBGS) DS-803/21-26

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 24. Nachtragssatzung zur Änderung der Abwasserbeitrags- und Gebührensatzung gemäß der beigefügten Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 5 Neufassung der Satzung über öffentliche Spielplätze der Stadt Rüsselsheim am Main (Spielplatzsatzung)
DS-812/21-26**

**TOP a) Neufassung der Satzung über öffentliche Spielplätze der Stadt Rüsselsheim am Main (Spielplatzsatzung)
Änderungsantrag zur DS-812/21-26 der Fraktionen DIE GRÜNEN/LinkeListeSoli und CDU vom 28.10.2025
DS-812-1/21-26**

Die Beschlussfassung erfolgt gemäß der Beschlussfassung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.10.2025. Die geänderte Drucksache beinhaltet die Änderung des § 4 Abs. 2 der Satzung gemäß des nachfolgenden Änderungsantrages der Fraktionen DIE GRÜNEN/LinkeListeSoli und CDU:

Antragstext:

Die Fraktionen DIE GRÜNEN/LinkeListeSoli und CDU stellen folgenden Änderungsantrag:

Die Neufassung der Satzung über öffentliche Spielplätze wird wie folgt geändert:

§ 4, Absatz 2

Schulhofflächen und deren Spielplätze an stadteigenen Schulen dürfen von der außerschulischen Öffentlichkeit ausschließlich außerhalb der Unterrichtszeiten genutzt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beigefügten Entwurf der „Satzung über die öffentlichen Spielplätze der Stadt Rüsselsheim am Main (Spielplatzsatzung)“ (Anlage 2) als Neufassung der am 24.09.1987 von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main letztmalig geänderten „Satzung über Kinderspielplätze der Stadt Rüsselsheim“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 6 Jahresabschluss für das Jahr 2024 des Eigenbetriebes Kultur 123 Stadt Rüsselsheim
DS-815/21-26**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht von Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2024 werden von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass das im Jahresabschluss 2024 ausgewiesene Ergebnis sich auf –7.813.932,67 € beläuft. Dieses Ergebnis weicht gegenüber dem Planansatz 2024 von –8.783.910 € um 969.977,37 € positiv ab.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung stellt das Jahresergebnis für das Jahr 2024 des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim mit –7.813.932,67 € fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 7 GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH -
Patronatserklärung
DS-826/21-26**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass seit der Gründung der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum gemeinnützige GmbH (GPR) keine Zuschüsse für den Betrieb der Einrichtungen des GPR durch die Stadt Rüsselsheim am Main erfolgt sind,
2. dass die Stadt Rüsselsheim am Main dem GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim im Jahr 2019 Bürgschaften in Höhe von 25,7 Mio. € zur Deckung von Dispositionskrediten (5,7 Mio. € und zur Umfinanzierung von Kassenkrediten in Höhe von 20,0 Mio. €) zur Verfügung gestellt hat. Die Umfinanzierung wird seitdem planmäßig getilgt, die Dispositionskredite intermittierend in Anspruch genommen. Per 30.06.2025 sind verbürgte Mittel in Höhe von 13,0 Mio. Euro (von insgesamt 25,7 Mio. Euro) in Anspruch genommen,
3. dass das GPR derzeit den seitens der Stadt Rüsselsheim am Main eingerichteten Kassenkreditrahmen von 2,0 Mio. € zur Gunsten der Stärkung der liquiden Mittel der Stadt Rüsselsheim am Main nicht in Anspruch nimmt.
4. dass die Stadt Rüsselsheim am Main dem GPR für investive Maßnahmen mit [Beschluss zur DS-500/21-26 1. Ergänzung](#) am 16.11.2023 ein Darlehen in Höhe von 6 Mio. € zur Verfügung gestellt hat.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Rüsselsheim am Main eine Patronatserklärung, in der Höhe begrenzt auf 10,5 Mio. € und befristet bis zum 31.12.2033, gegenüber der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH abgibt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 8 Kitaassistenzen
DS-683-1/21-26**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

- für 20 Kindertagesstätten (Begrenzung pro Träger durch Vorgabe der Förderrichtlinie) ein Antrag auf Fördermittel für Kitassistenzen gestellt wurde (Anlage 1),
- bei Bewilligung aller Anträge insgesamt eine Fördersumme in Höhe von 350.000 Euro zur Auszahlung kommen könnte,
- der Magistrat die Eingruppierung aufgrund des Ergebnisses der Arbeitsgruppe Stellenbewertung für diese Aufgabe in die EG 2 TVöD beschlossen hat.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Magistrat mit den Einstellungsverfahren für Kitaassistenzen unter dem Vorbehalt des Erhalts der Fördermittel zu beauftragen und hierfür im Haushalt 2026 Beschäftigungsentgelte in Höhe der möglichen Fördersumme für jede Kindertagesstätte einzustellen
2. den Antrag AT-165/21-26 der CDU-Fraktion vom 14.06.2024 (Alltagshelfer) als erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 9 Dynamische Fahrgastinformation an Bushaltestellen im Stadtgebiet
Rüsselsheim am Main
Bezug: Antrag AT-167/21-26 „Dynamische Fahrgastinformation am Bahnhof
Südseite“ der Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI vom 24.09.2024
DS-802/21-26 1. Ergänzung**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Stadt Rüsselsheim am Main als Baulastträger für die Errichtung von Bushaltestellen verantwortlich ist,
2. der Betrieb und die Unterhaltung der vorhandenen dynamischen Fahrgastinformationsanlagen (DFI) am Busbahnhof und am Marktplatz durch die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH erfolgt,
3. weitere DFI-Anlagen in ein Gesamtsystem zu integrieren sind.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. im Rahmen der Entwicklung des Nahverkehrsplans zu überprüfen ist, für welche Bushaltestellen im Stadtgebiet eine Aus- und Nachrüstung mit DFI-Anlagen sinnvoll erscheint,
2. das Ergebnis in den zuständigen Gremien präsentiert werden soll,
3. der Magistrat beauftragt wird, im Rahmen des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen grundsätzlich DFI-Anlagen einzuplanen und zu errichten,
4. der Magistrat beauftragt wird, bereits barrierefrei ausgebaute Haltestellen nach Erfordernis sukzessive nachzurüsten,
5. der Antrag AT-167/21-26 „Dynamische Fahrgastinformation am Bahnhof Südseite“ mit dieser Drucksache erledigt ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 10 Sanierungskonzept der Brückenbauwerke im Stadtgebiet Rüsselsheim am Main;
hier: Rad- und Gehweg über den Evreuxring auf Höhe des Ostparks
(Verkehrsübungsplatz)
DS-819/21-26**

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass bei dem Überführungsbauwerk „Rad- und Gehweg über den Evreuxring auf Höhe des Ostparks (Verkehrsübungsplatz)“ die Standsicherheit nicht mehr nachgewiesen werden konnte.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der Dringlichkeit die Vergabezuständigkeit unabhängig der zu vergebenden Summe auf den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

**TOP 11 Gesamtbericht über die Erbringung des Stadtbusverkehrs in Rüsselsheim
am Main 2024
DS-817/21-26**

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. gemäß § 5 Abs. 1 Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) und Art. 2 lit. C) der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 die Stadt Rüsselsheim am Main (im Folgenden „Stadt“) als Aufgabenträger die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an Verkehrsleistungen auf ihrem Gebiet trägt,
2. die Stadt Rüsselsheim am Main einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) über die Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsleistungen an die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (im Folgenden „Stadtwerke“) mit Wirkungsbeginn 01.01.2016 über 10 Jahre vergeben hat,
3. der Gesamtbericht über die Erbringung des Stadtbusverkehrs in Rüsselsheim am Main für das Jahr 2024 vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**TOP 12 Besetzung der Schulkommission für die Legislaturperiode 2021 - 2026
DS-827/21-26**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Adam Bouchlaghem als Mitglied und Frau Sunena Akbar als stellvertretendes Mitglied in die Schulkommission. Herr Bouchlaghem und Frau Akbar vertreten den Stadtschülerrat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

TOP 13 Marktherold – Rüsselsheimer Kerb
Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung vom 02.09.2025
AT-189/21-26

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Herold als Verkünder der historischen Erlaubnis aus dem Jahr 1686 einen Markt abzuhalten, bleibt Bestandteil der Rüsselsheimer Kerb. Die Verlesung des historischen Textes durch einen Herold wird in geeigneter bzw. zeitgemäßer Form zukünftig wieder Teil der langjährigen Kerbetradition.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 38 Ja-Stimmen

TEIL II

TOP 14 Änderungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 1a 2025 Kultur123 Stadt
Rüsselsheim am Main
DS-829/21-26

TOP 14 a) Änderungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 1a 2025 Kultur123 Stadt
Rüsselsheim am Main
Antrag zur DS-829/21-26 der WsR-Fraktion vom 05.11.2025
DS-829-1/21-26

Es wird zunächst über den Antrag DS-829-1/21-26 der WsR-Fraktion vom 05.11.2025 abgestimmt.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Drucksache DS-829/21-26 wird abgelehnt.
2. Die Sanierung des Stadttheaters Rüsselsheim erfolgt über die Investitionsplanung der Stadt und nicht über den Eigenbetrieb Kultur 123.
3. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden umgehend in den Haushaltsplanentwurf 2026 eingearbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen mit 6 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt daraufhin über die DS-829/21-26 ab.

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass zur Umsetzung des Beschlusses zur DS-804-2/21-26 1. Ergänzung Erhaltung des denkmalgeschützten Stadttheaters Rüsselsheim am Main gemäß § 9 Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG); Hier: Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, WsR, FDP/FW-Plus, DIE GRÜNEN/Linke-ListeSoli und FfR vom 25.09.2025 ein Änderungsbeschluss zum Beschluss des Wirtschaftsplans 1a 2025 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim am 25.09.2025 notwendig ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass die Änderung 2025 nicht liquiditätswirksam wird, keine Kreditaufnahme erforderlich wird und der Wirtschaftsplan weiterhin genehmigungsfrei ist.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Wirtschaftsplans 1a 2025 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim am Main wie folgt:

Der § 3 der Satzung wird wie folgt geändert:

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr 2025 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 1.150.000 EUR festgesetzt.

Der Finanzplan wird für das Jahr 2026 entsprechend geändert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 32 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

TOP 15 Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Entgelterhöhungen der Musikschule als Teilbetrieb des Eigenbetriebes Kultur123 der Stadt Rüsselsheim DS-814/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Entgelte der Musikschule zuletzt 2019 um 5 % erhöht wurden.
2. der Verbraucherpreisindex von 2020 bis 2024 um rund 19,8 % gestiegen ist
3. die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Musikschule zur Umsetzung und rechtlichen Absicherung der Angebotssteuerung zum 01.01.2026 angepasst werden.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die AGB der Musikschule gemäß der in der Vorlage dargestellten Anpassungen sowie die Entgelte gemäß beigefügter Entgeltordnung zum 01.01.2026 angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

**TOP 16 Straßenreinigungssatzung für das Stadtgebiet Rüsselsheim am Main
DS-824/21-26 1. Ergänzung**

**TOP 16 a) Straßenreinigungssatzung für das Stadtgebiet Rüsselsheim am Main
Ergänzungsantrag zur DS-824/21-26 1. Ergänzung der CDU-Fraktion vom
04.11.2025
DS-824-1/21-26 1. Ergänzung**

Frau Stadtverordnete Kotyga schlägt für die SPD-Fraktion folgende Ergänzung für den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor:

Ergänzung:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, um die Satzung transparent zu erklären und alle rechtlichen Fragen zu beantworten.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zunächst über den Ergänzungsantrag DS-824-1/21-26 1. Ergänzung der CDU-Fraktion vom 04.11.2025 mit der Ergänzung der SPD-Fraktion ab.

Antragstext:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

- Im Jahr 2026 erfolgt eine Evaluierung der Reinigungszyklen. Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
Ziel der Evaluation ist es, die Reinigungsintervalle hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, tatsächlichem Reinigungsbedarf und Effizienz zu überprüfen und gegebenenfalls kostensenkende Anpassungen vorzuschlagen.
- Die Verwaltung wird beauftragt eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, um die Satzung transparent zu erklären und alle rechtlichen Fragen zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt daraufhin über die geänderte DS-824/21-26 1. Ergänzung ab.

Beschluss:

- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Straßenreinigungssatzung.
- Im Jahr 2026 erfolgt eine Evaluierung der Reinigungszyklen. Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
Ziel der Evaluation ist es, die Reinigungsintervalle hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, tatsächlichem Reinigungsbedarf und Effizienz zu überprüfen und gegebenenfalls kostensenkende Anpassungen vorzuschlagen.
- Die Verwaltung wird beauftragt eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, um die Satzung transparent zu erklären und alle rechtlichen Fragen zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Frau Stadtverordnete Kropp beantragt eine Sitzungsunterbrechung und Einberufung einer Sitzung des Ältestenrates.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 19:25 Uhr bis 19:45 Uhr.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Grode teilt mit, dass sich der Ältestenrat dafür ausgesprochen habe, dass über die Erweiterung der Tagesordnung sowie über die Aufnahme der Tischvorlage DS-847/21-26 „Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025; Anpassung Haushaltssatzung, Haushaltssicherungskonzept und Investitionsprogramm 2024-2028“ auf die Tagesordnung abgestimmt werde.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Grode lässt zunächst über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis über die Erweiterung der Tagesordnung:

Mehrheitlich dafür mit 30 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Daraufhin lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Grode über die Aufnahme der Tischvorlage auf die Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme der Tischvorlage auf die Tagesordnung:

Mehrheitlich dafür mit 30 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Grode teilt mit, dass die Tagesordnung erweitert werde. Die Tischvorlage werde als letzter Tagesordnungspunkt vor Anfragen und Mitteilungen behandelt.

TOP 17 Eichgrundschule, Optimierung Ganztagsbereich und bauliche Erweiterung hier: Beschlussfassung zum reduzierten Vorentwurf Leistungsphase 2 DS-818/21-26

TOP 17 a) Eichgrundschule, Optimierung Ganztagsbereich und bauliche Erweiterung hier: Beschlussfassung zum reduzierten Vorentwurf Leistungsphase 2 Änderung der Beschlussfassung zum reduzierten Vorentwurf Leistungsphase 2 der Eichgrundschule Änderungsantrag zur sofortigen Beschlussfassung der Fraktionen SPD und WsR vom 02.10.2025 DS-818-1/21-26

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und WsR vom 02.10.2025 ab.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. auf Basis der vorliegenden reduzierten Vorentwurfsplanung die große Planungsoption in den weiteren Planungs- und Bauphasen umgesetzt wird,

2. das Budget auf 24,1 Mio. EUR festgesetzt wird,
3. die Finanzmittel in Höhe von 24,1 Mio. EUR im Finanzhaushalt entsprechend des Planungs- und Baufortschritts eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 36 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Daraufhin stimmt die Stadtverordnetenversammlung über die geänderte DS-818/21-26 ab.

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Vorplanung, Stand 28.05.2024, mit einer Präsentation am 13.06.2024 im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vorgestellt und dem Protokoll (TOP 17) beigelegt wurde,
2. die Kostenschätzung der Vorplanung, Stand 30.04.2024, mit einer Summe in Höhe von 25.512.000 EUR inklusive der Bestandssanierung endete, Baupreissteigerungen in Höhe von ca. 10 % (Quelle: Destatis.de) für den Zeitraum der Verzögerung von April 2024 bis August 2025 sowie das damit verbundene spätere Projektende bei der unter Punkt 2 genannten Projektsumme zusätzlich zu berücksichtigen sind,
3. zwischenzeitlich durch Reduktion der Flächen auf ein Mindestmaß zwei Planungsoptionen erarbeitet wurden,
4. die aktuelle, reduzierte Vorplanung des Ganztagsbereichs und der baulichen Erweiterung der Eichgrundschule mit der Kostenschätzung vom Architekturbüro Löwer+Partner, Stand:18.08.2025, für zwei Planungsoptionen vorliegt,
5. die Projektkosten für die Planungsoption 1, 22,2 Mio. EUR betragen (kleine Option),
6. die Projektkosten für die Planungsoption 2, 24,1 Mio. EUR betragen (große Option),
7. fachlich, bautechnisch und pädagogisch die große Option sinnvoller ist,
8. aufgrund der aktuellen Haushaltslage nur die kleine Option im Beschlussvorschlag enthalten ist.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. auf Basis der vorliegenden reduzierten Vorentwurfsplanung die große Planungsoption in den weiteren Planungs- und Bauphasen umgesetzt wird,
2. das Budget auf 24,1 Mio. EUR festgesetzt wird,
3. die Finanzmittel in Höhe von 24,1 Mio. EUR im Finanzhaushalt entsprechend des Planungs- und Baufortschritts eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 36 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

TOP 18 E-Scooter stationsbasiertes Modell
Bezug: AT-76/21-26 der CDU-Fraktion vom 03.03.2022
DS-258-1/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass derzeit bereits 44 Parkzonen für E-Scooter im Stadtgebiet eingerichtet sind. Im Umkreis von ca. 150 m um die Parkzonen gilt jeweils ein Abstellverbot, sodass die E-Scooter in diesem Bereich nur in den Parkzonen abgestellt werden können.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. der Magistrat beauftragt wird, die Einrichtung von Parkzonen im gesamten Stadtgebiet sukzessive weiterzuführen,
2. die Rahmenbedingungen zum Betrieb von E-Scooter-Verleihsystemen und zum Abstellen von E-Scootern in Rüsselsheim durch eine Sondernutzungsgenehmigung geregelt werden sollen,
3. der Antrag [AT-76/21-26](#) „E-Scooter stationsbasiertes Modell“ der CDU-Fraktion vom 03.03.2022 als erledigt gilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

TOP 19 Einführung eines flächendeckenden Sprachscreenings für alle Vierjährigen in Rüsselsheim am Main zur frühzeitigen Erkennung und Förderung von Sprachdefiziten
Antrag der Fraktionen CDU, SPD und WsR zur Verweisung vom 24.10.2025
AT-188-1/21-26

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Einführung des Hessischen Kindersprachscreenings (KiSS) in den Rüsselsheimer Kindertagesstätten vorzubereiten und umzusetzen.
2. Hierzu soll der Magistrat:
 - a) in Abstimmung mit dem Hessischen Kindervorsorgezentrum (HKVZ) am Universitätsklinikum Frankfurt und den Trägern der Kindertagesstätten ein Konzept für die flächendeckende Teilnahme am KiSS erarbeiten,
 - b) interessierte pädagogische Fachkräfte zur Teilnahme an den kostenlosen KiSS-Schulungen und Zertifizierungen anmelden,
 - c) den Austausch mit KiSS-Sprachexpertinnen und -experten organisieren,
 - d) prüfen, wie die Ergebnisse des KiSS in die bestehenden Sprachfördermaßnahmen und den Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen (BEP) integriert werden können,
 - e) und dem Jugendhilfeausschuss über den Umsetzungsstand und die gewonnenen Erfahrungen regelmäßig berichten.
3. Alternativ soll das vom Kreis angebotene Sprachscreening genutzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 27 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen

- TOP 20 Entsiegelungspotentiale im Bereich der Rüsselsheimer Innenstadt
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2025
AT-186/21-26**
- TOP 20 a) Entsiegelungspotentiale im Bereich der Rüsselsheimer Innenstadt
Ergänzungsantrag vom 05.11.2025 der Fraktion DIE
GRÜNEN/LinkeListe/Soli zum Antrag der SPD-Fraktion vom
11.08.2025
AT-186-1/21-26**
- TOP 20 b) Entsiegelungspotentiale im Bereich der Rüsselsheimer Innenstadt
Änderungsantrag vom 06.11.2025 der Fraktionen SPD und FDP/FW-
Plus zum Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2025
AT-186-2/21-26**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Grode teilt mit, dass der Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP/FW-Plus zum Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2025 den ursprünglichen Antrag vollständig ersetzen soll.

Die Stadtverordnetenversammlung einigt sich darauf, den Ergänzungsantrag vom 05.11.2025 der Fraktion DIE GRÜNEN/LinkeListe/Soli mit dem Änderungsantrag vom 06.11.2025 der Fraktionen SPD und FDP/FW-Plus zusammenzuführen. Die zusammengeführten Anträge ersetzen den ursprünglichen Antrag vollständig.

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen:

- welches Potenzial zum Erhalt von Grünflächen gegeben ist, sobald künftig Neubauprojekte geplant sind. Es sollen bei neuen Projekten konsequent Grünflächen erhalten bleiben und geeignet bepflanzt werden, z.B. durch Wildblumen oder Stauden.
- ob es noch versiegelte Flächen in Rüsselsheim gibt, die sich zum Entsiegeln eignen, z.B. auf der Bensheimer Straße in Königstädten zwischen Kreisel und Kreuzung Konrad Adenauer-Ring.
- Die Stadt Rüsselsheim prüft bei Planvorhaben zu Gebieten für Industrie und Gewerbe Entsiegelungspotentiale
- Die Stadt entwickelt ein Beratungsangebot zur Umwandlung privater Gärten mit hohem Versiegelungsgrad (Stichwort: Blühender Garten statt Schottergarten)

Dies steht unter einem Finanzierungsvorbehalt: erst, wenn wieder finanzielle Mittel vorhanden sind, sollen die Vorschläge umgesetzt werden. Es ist zu beachten, dass der Großteil der Kosten dann durch Fördermittel abgedeckt werden soll, dass die eigenen städtischen Mittel so gering wie möglich gehalten werden. Ferner sollen Patenschaften durch Privatpersonen, Vereine, etc. in Erwägung gezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

**TOP 21 Antrag zur sofortigen Beschlussfassung zum Vorentwurf 2025 des Regionalplans Südhessens und Regionalen Flächennutzungsplans für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
Antrag zur sofortigen Beschlussfassung der WsR-Fraktion vom 14.10.2025
AT-191/21-26**

Herr Stadtverordneter Claus teilt mit, dass die WsR-Fraktion den Antrag zurückzieht.

Abstimmungsergebnis:
Zurückgezogen

**TOP 23 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025; Anpassung Haushaltssatzung, Haushaltssicherungskonzept und Investitionsprogramm 2024-2028
DS-847/21-26**

Herr Stadtverordneter Sert stellt für die Fraktion FDP/FW-Plus folgenden Antrag:

Antragstext:

Die Zeile 16 der Anlage 1 des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 wird ersatzlos gestrichen.
Die Summe in Höhe von 820.000 Euro in Zeile 15 der Anlage 1 wird auf die 15 Mio. Euro im Jahr 2031 draufgeschlagen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zunächst über den Antrag der Fraktion FDP/FW-Plus ab.

Antragstext:

Die Zeile 16 der Anlage 1 des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 wird ersatzlos gestrichen.
Die Summe in Höhe von 820.000 Euro in Zeile 15 der Anlage 1 wird auf die 15 Mio. Euro im Jahr 2031 draufgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen mit 17 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Daraufhin stimmt die Stadtverordnetenversammlung über die DS-847/21-26 ab.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. die geänderte Haushaltssatzung 2025,
2. das geänderte Haushaltssicherungskonzept 2025,
3. das geänderte Investitionsprogramm 2024-2028,
4. dass die Finanzplanung 2025-2028 entsprechend überarbeitet wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür mit 27 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 22 **Anfragen und Mitteilungen**

Herr Stadtverordneter Irmak spricht sein Lob für das Laternenfest seiner Tochter in der Kita Sachsenweg aus. Insbesondere hebt er die Zusammenkunft der Kinder und deren Familien mit den Seniorinnen und Senioren in der Seniorenresidenz am Ostpark bei einem Lagerfeuer hervor. Er bedankt sich bei der Kita und der Pflegedienstleiterin für das gelungene Fest.

Frau Stadtverordnete Steinborn erkundigt sich, ob die Hinweisbanner auf externe E-Mails beim Mailversand aus dem Gremienportal deaktiviert werden können.

Herr Oberbürgermeister Burghardt teilt mit, dass er dies überprüfen lasse.

Frau Stadtverordnete Kotyga erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand des Antrages AT-56/21-26 „Modernisierung und Attraktivierung bestehender Gewerbeflächen in Rüsselsheim“.

Herr Oberbürgermeister Burghardt teilt mit, dass in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein Bericht über die Thematik gehalten werde.

Herr Stadtverordneter Müller teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich einen Fragenkatalog zum Thema Gewerbesteuer überlegt habe. Er führt fort, dass es tolle Untersuchungen der Wirtschaftsförderung gebe, darunter das Ansiedeln von Hotels und die Entwicklung des Tourismus. Herr Stadtverordneter Müller greift den Schwerpunkt Wasserstoff auf. Er erkundigt sich, ob die Stadt Kontakte zu Firmen hat, die sich mit Wasserwirtschaft auseinandersetzen.

Herr Oberbürgermeister Burghardt antwortet, dass die Stadt eine Studie mit der hessischen Landesregierung veröffentlicht habe, die die Wasserstoffstrategie untersucht und Möglichkeiten darstellt, was Wasserstoff für die Stadt bringen könnte.

Herr Stadtverordneter Kantopoulos-Kestelidis erkundigt sich, wie viel die Erarbeitung des zweiten Haushaltssicherungskonzept 2025 gekostet hat. Er bittet um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Stadtverordneter Keck erkundigt sich, welche Maßnahmen der Magistrat gegen die Vielzahl der Gänse im Waldschwimmbad ergreift, insbesondere im Hinblick auf die Vogelseuche. Ein Bürger habe ihm mitgeteilt, dass die Nutzung des Waldschwimmbades durch die Gänse erheblich eingeschränkt werde.

Herr Oberbürgermeister Burghardt teilt mit, dass die Gänse ein Ärgernis seien. Er führt fort, dass einige Maßnahmen bereits ergriffen wurden, unter anderem das Vertreiben der Gänse mit Geräuschkentwicklungen. Die Gänse würden allerdings immer wieder zurückkehren. Die Bäderverwaltung und das Amt für Umwelt und Klimaschutz seien weiterhin an der Thematik dran.

Nadine Hartmann
Schriftführerin

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher



Einbringung des Haushalts 2026

6. November 2025



FDP Rüsselsheim

26. Oktober um 18:16 · 🌐

So ist es: der Kämmerer macht seine Hausaufgaben nicht richtig und rechtzeitig. Mal sehen, ob aus dem Nachsitzen nicht noch eine Ehrenrunde wird.



Wir sind Rüsselsheim

5. April · 🌐

Erfahrung als Oberbürgermeister mitgebracht hat unverantwortlich. Wir hätten jede Menge Zeit gehabt, in der Arbeitsgruppe Haushalt intern und vertraulich über strukturelle Veränderungen in der Stadt zu reden und auch Konsolidierungsmaßnahmen abzusprechen. Diese Chance wurde zu keinem Zeitpunkt wahrgenommen, stattdessen Zeit durch Präsentationen und Spielereien verplempert.

Noch im August keinen Haushalt 2025 und keinen Plan wie es weitergehen soll – das ist Pflichtvergessen und Betrug an den Wählern.

Wir fordern Lösungen statt Visionen.“

Joachim Walczuch
Fraktionsvorsitzender
Wir sind Rüsselsheim e.V.

Joachim Walczuch (WsR) entgegnete, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichten, um das strukturelle Defizit effektiv anzugehen. „Die Kämmerei macht ihre Arbeit nicht, sie packt nicht die großen Punkte an. Wir müssen aber an die Struktur dieser Stadt gehen“, so Walczuch. Stephan Bernhardt (CDU) wehrte sich gegen den Vorwurf,

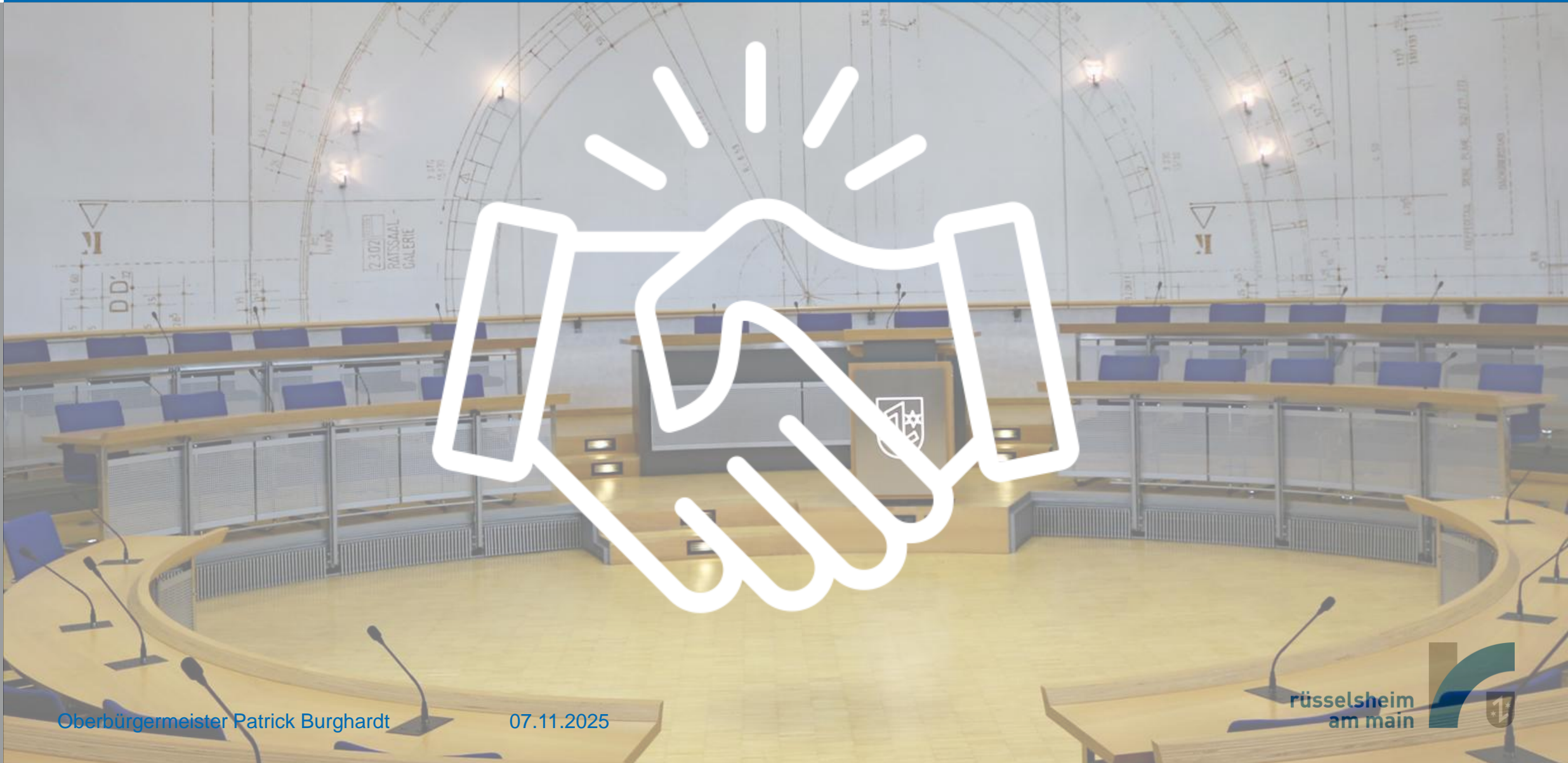
Main-Spitze, 26. Juni 2025

Die vorgestellten Konsolidierungsbemühungen gehen den Fraktionen CDU, SPD, WsR und FDP/FW-Plus nicht weit genug. „Wir hätten uns zum jetzigen Zeitpunkt schon mehr Mut, mehr Tiefe und noch größere Schritte gewünscht“, sagte Markus-Johannes Jagla

Main-Spitze, 26. Juni 2025



Ein neuer Weg...



Die Fakten...





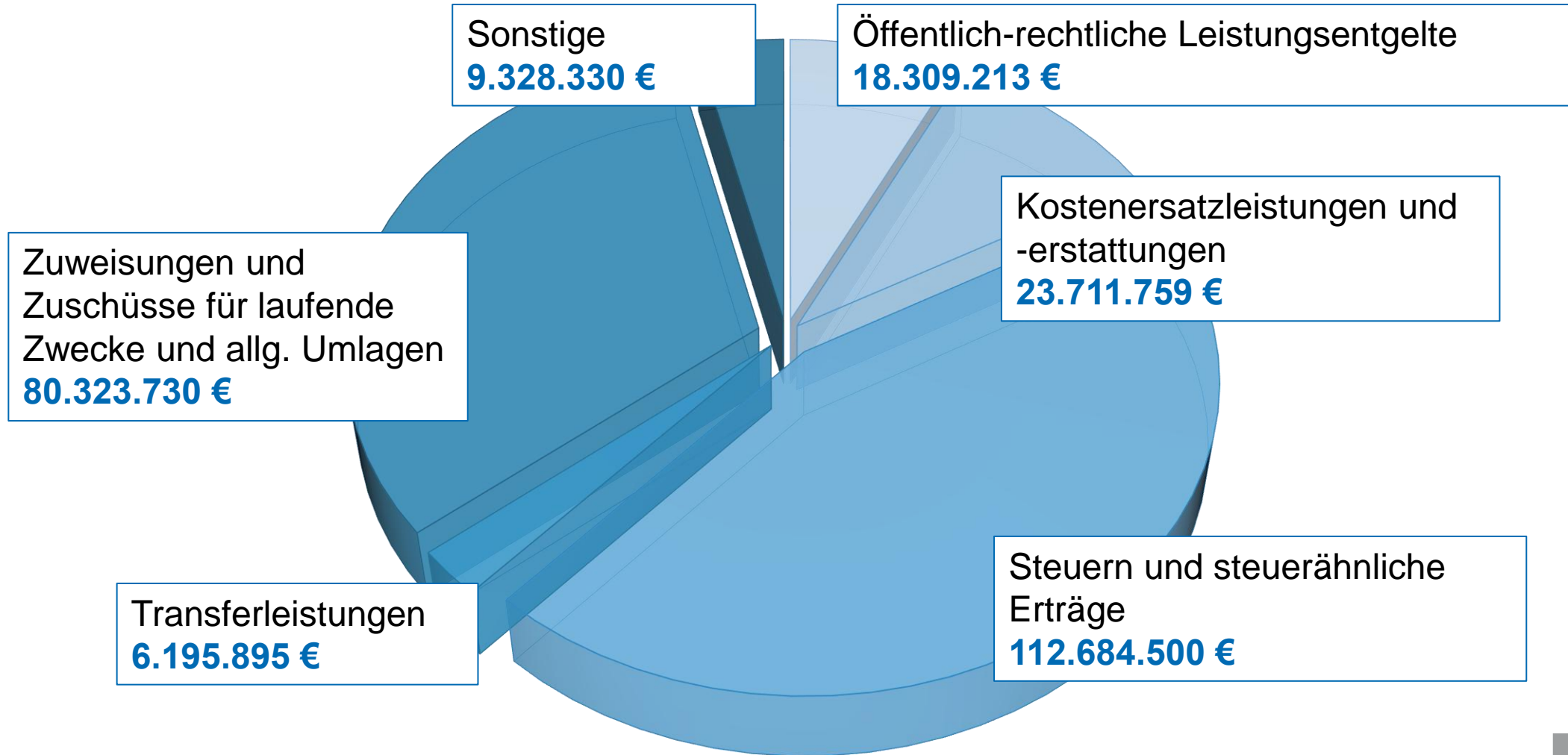
- **Ergebnishaushalt**
- **Finanzhaushalt**
- **Investitionen**
- **Mittelfristige Ergebnisplanung**
- **Mittelfristige Finanzplanung**
- **Entwicklung Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen**



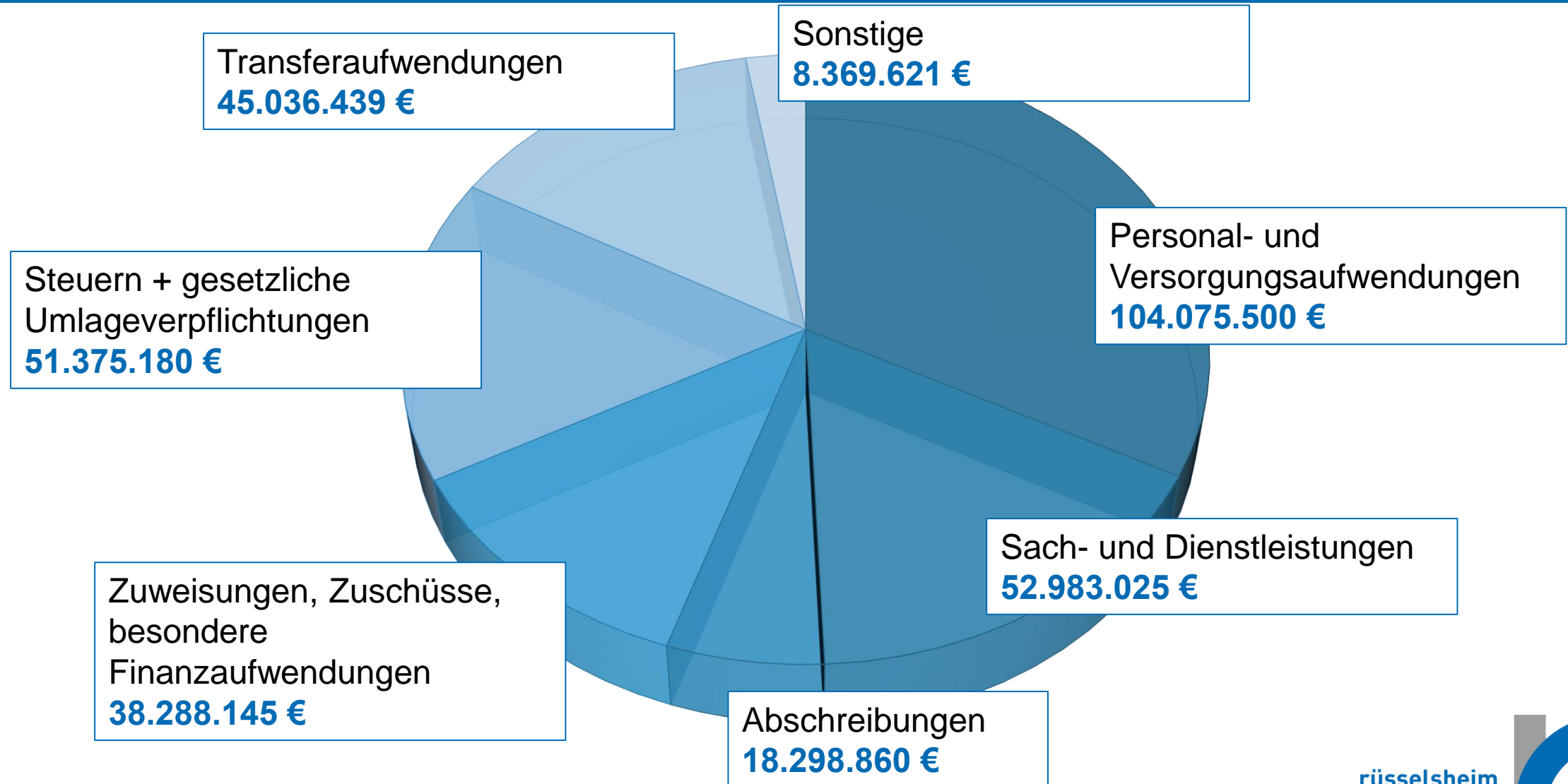
	Ansatz 2026	Ansatz 2025	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Erträge	252,24	217,79	+34,45
Aufwendungen	334,83	303,15	+31,68
Fehlbetrag	- 82,59	-85,36	+2,77

→ kein Ausgleich des Ergebnishaushalts nach § 92 Abs. 5 HGO

Ergebnishaushalt 2026: Erträge



Ergebnishaushalt 2026: Aufwendungen



Produktbereiche mit den größten Steigerungen



- + 13,7 Mio. € Kinder-, Jugend und Familienhilfe (PB 06)
- + 2,0 Mio. € Schulträgeraufgaben (PB 03)
- + 1,7 Mio. € Ordnungsangelegenheiten (PB 02)
- + 1,3 Mio. € Verkehrsflächen, -anlagen, ÖPNV (PB 12)
- + 1,2 Mio. € Soziale Leistungen (PB 05)



	Ansatz 2026	Ansatz 2025
	Mio. EUR	Mio. EUR
Zahlungsmittelüberschuss /-Fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-67,59	-72,20
Saldo Investitionstätigkeit	- 45,20	- 23,35
Saldo Finanzierungstätigkeit	30,01	8,54
Zahlungsmittelbedarf	-82,78	-87,01

→ kein Ausgleich des Finanzhaushalts nach § 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO

Investitionsvolumen: 49,08 Mio. Euro



Schulen



26,09
Mio.

Straßen



7,15
Mio.

Abwasser



2,23
Mio.

Kitas



1,65
Mio.

Grundstücke



1 Mio.

Brandschutz



2,68
Mio.

Mittelfristige Planung 2027 bis 2029



128,89
Mio. Euro

Ergebnishaushalt: Kumulierter Fehlbetrag

133,06
Mio. Euro

Finanzhaushalt: Zahlungsmittelbedarf

20
Mio. Euro

Zinsaufwand im Jahr 2029



98

Mio. Euro

Tatsächliche Personalkosten 2025

104

Mio. Euro

voraussichtliche Personalkosten 2026

Mehrkosten u.a. durch:

- Tarifsteigerungen (rd. 2,6 Mio. Euro)
- Personalkostenrelevante Maßnahmen (rd. 1,3 Mio. Euro)

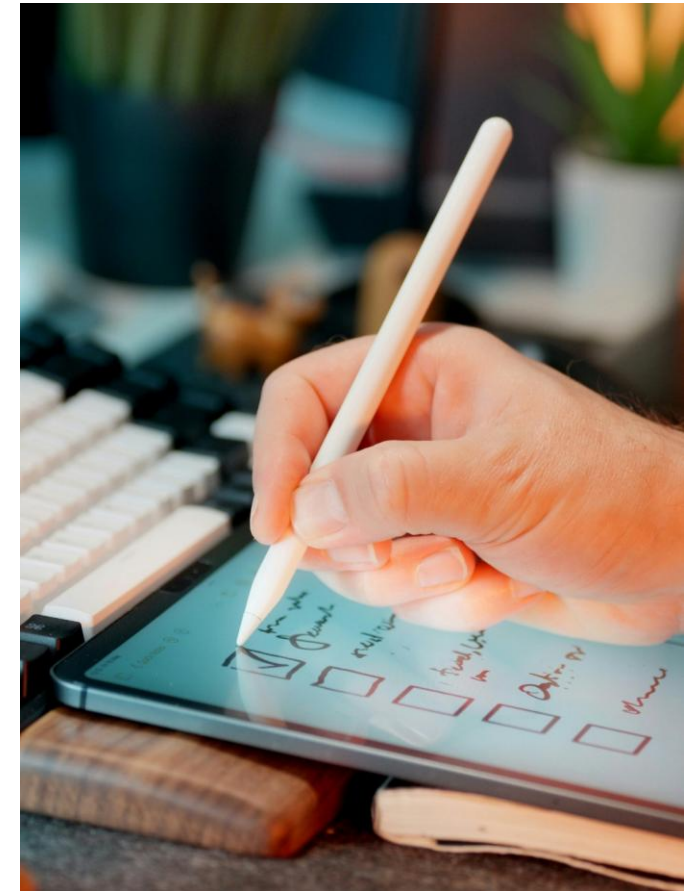
Ausblick...



Worauf müssen wir uns einstellen?



- **strenge Personalbewirtschaftung**
- **keine Haushaltsreste**
- **eingeschränktes Investitionsvolumen**
- **eingeschränkte Verpflichtungsermächtigungen**
- **Genehmigung für einzelne Kredite notwendig**
- **Kaum neue Projekte in 2026**



Konsequenzen ohne genehmigten Haushalt



**Keine neuen
Investitionen**

**Keine Freiwilligen
Leistungen**

**Keine Auszahlungen von
Zuschüssen**



Dunkle Wolken über den Kommunen



30.07.2025

Kommunale Finanzen – Größtes Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik

Die Kommunen in Deutschland haben 2024 mit etwa 25 Milliarden Euro das größte Defizit der bundesdeutschen Geschichte verbucht. Die Ursachen dieses Trendwechsels liegen in der hohen Inflation und der schwachen Konjunktur. Auch der Ausblick ist negativ. Vor diesem Hintergrund zeigen wir Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage auf.

Startseite > Wirtschaft

„Zeitenwende“: Kommunale Kassen mit größtem Minus in der Geschichte der Bundesrepublik

31.07.2025, 07:50 Uhr

Finanzen

Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit – Bund und Länder müssen in der öffentlichen Finanzpolitik umsteuern

Finanzen

Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit – Bund und Länder müssen in der öffentlichen Finanzpolitik umsteuern

Pressemitteilung vom 09.05.2025 / KfW, KfW Research

KfW Research: Finanzlage der Kommunen in Deutschland hat sich weiter verschlechtert



KURZNACHRICHTEN

Finanzen unter Druck

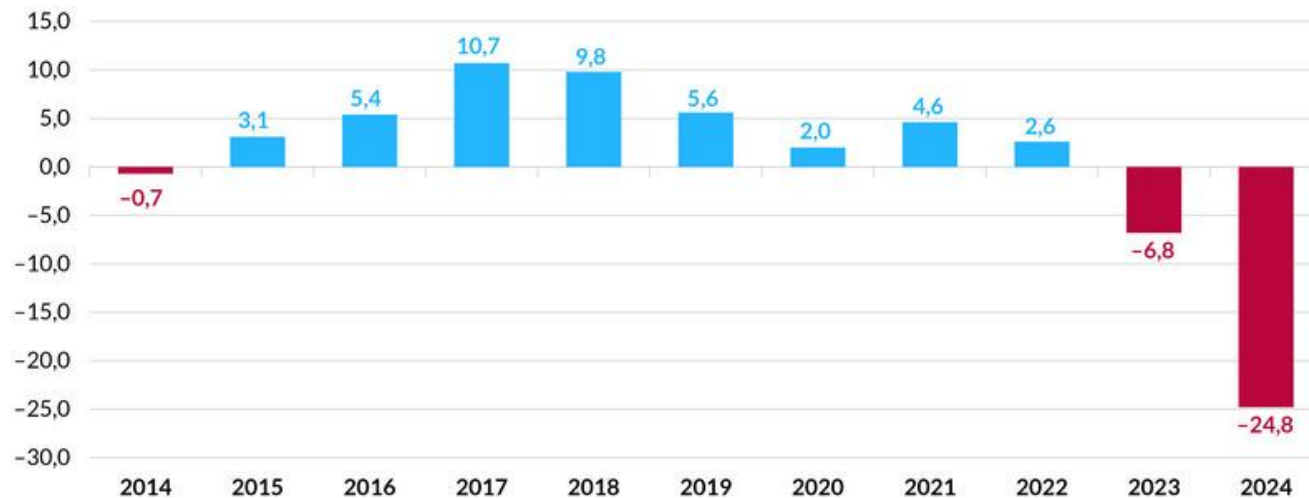
Defizit der deutschen Kommunen wächst im ersten Halbjahr auf 19,7 Milliarden Euro

01.10.2025, 10:23 Uhr

Rekorddefizit der Kommunen



Finanzierungssaldo der Gemeinden und Gemeindeverbände, 2014–2024, in Mrd. Euro



Quelle: Daten von Destatis aus den Kassenergebnissen der Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts, 71511-01.

BertelsmannStiftung

- 24,8 Milliarden Euro (2024)
- höchstes kommunales Finanzierungsdefizit seit der deutschen Wiedervereinigung 1990
- Erstes Halbjahr 2025 bereits 19 Milliarden Euro



**Diskrepanz von 53,4 Mio. € zwischen HSK
2025 und Planung für das HH-Jahr 2026**

→ statt 29,2 Mio. € nun 82,6 Mio. €



Hauptgründe liegen nicht im Einflussbereich der Stadt

- **Fehlende Schlüsselzuweisungen KFA (27,1 Mio. Euro)**
- **Höhere Personalkosten (11,5 Mio. Euro)**
- **Nicht hinreichend gegenfinanzierte Transferleistungen (8,2 Mio. Euro)**
- **Sach- und Dienstleistungen (3,5 Mio. €)**
- **Zinsaufwand (1 Mio. €)**
- **Verschiedenes (2,1 Mio. €)**

→ **fehlende Konnexität**

Mitverantwortung von Land und Bund:



Kinderbetreuung



ÖPNV



Transferaufwendungen



Schulen



Kreisumlage

Eingliederungshilfen (SGB IX)



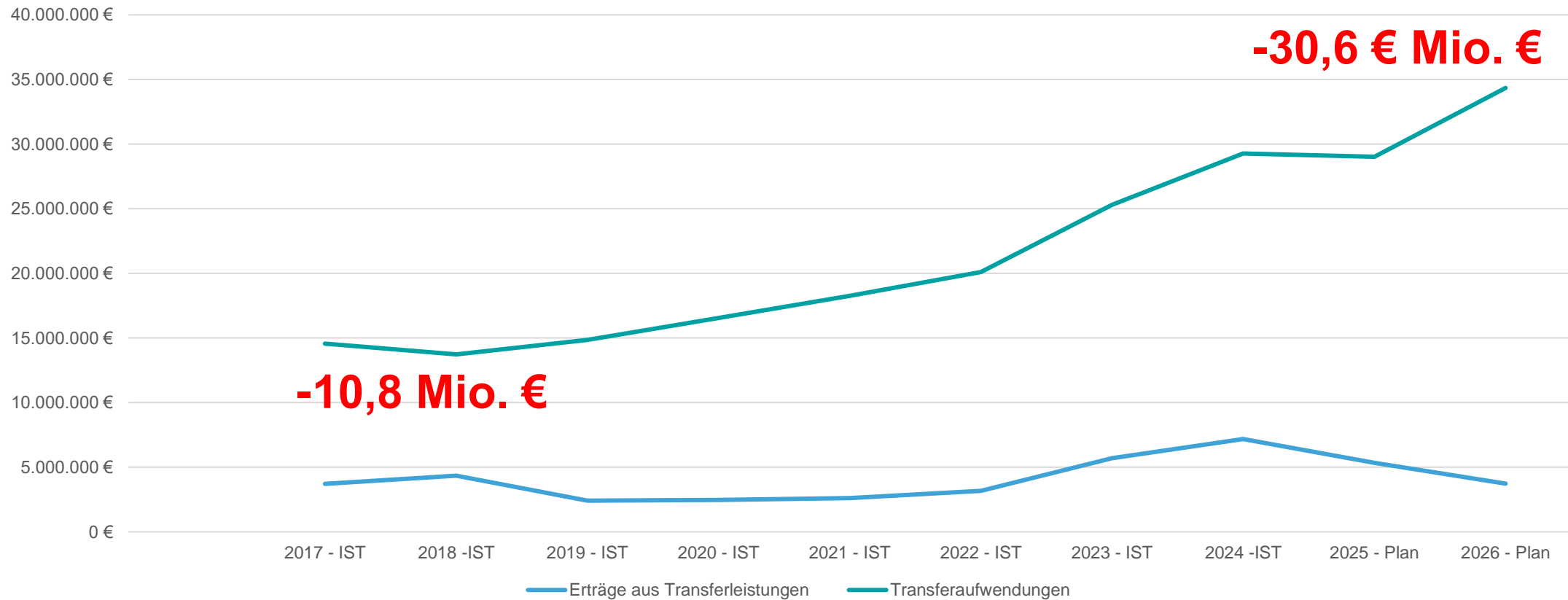
- Stadt ist seit 01.01.2021 Träger der Eingliederungshilfen
- Reform Bundesteilhabegesetz & Umsetzung KJSG ist für Kommunen nicht kostenneutral

**Ab 2028: Gesamtzuständigkeit Stadt
Zusätzliche Belastung: 9-10 Mio.
EUR!!**

Entwicklung der Transferaufwendungen



Ergebnishaushalt Transferaufwendungen (PG 0603)





- Kostensteigerung durch Betreuungsausbau in Kitas und Schulen
- Gesetzliche Vorgaben auf Ganztagsbetreuung in Kitas u. Grundschulen, U3-Betreuung

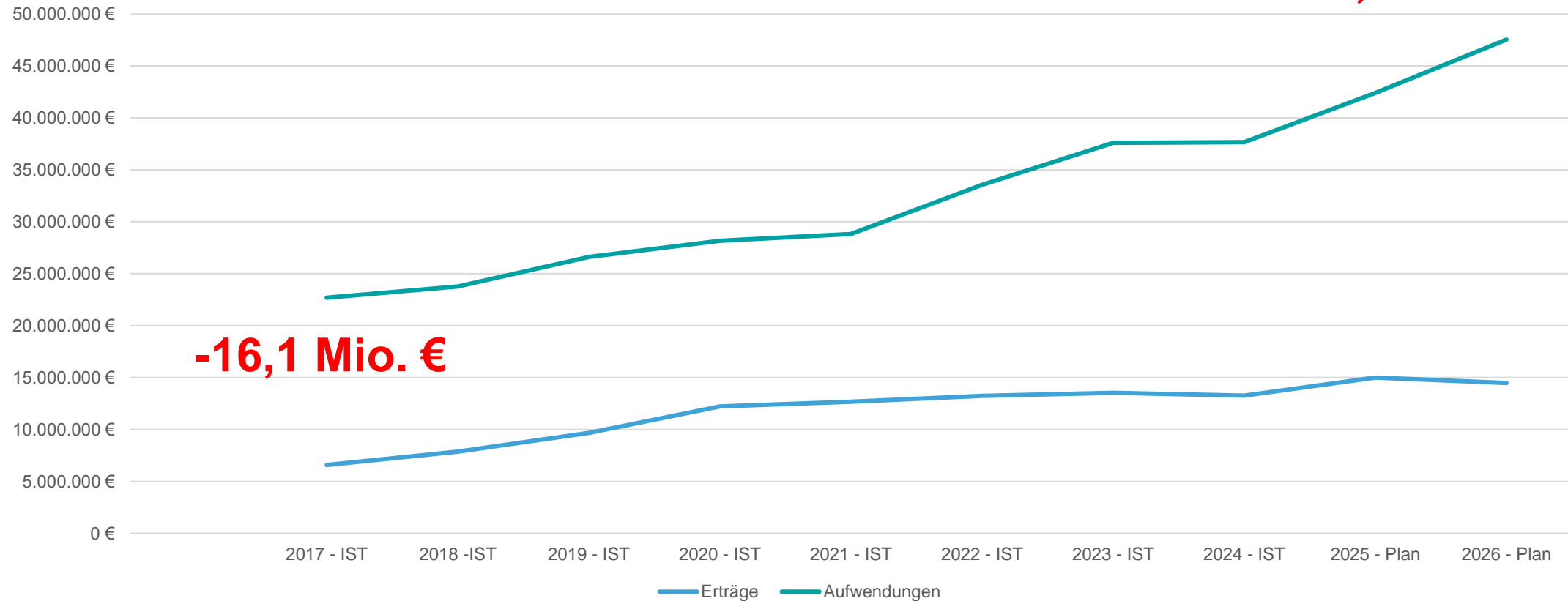
2024	50,29 Mio. EUR
Prognose 2025	54,92 Mio. EUR
Prognose 2026	62,60 Mio. EUR

Entwicklung Zuschussbedarf Kinderbetreuung



Ergebnishaushalt Kinderbetreuung (PG 0604)

-33,1 Mio. €

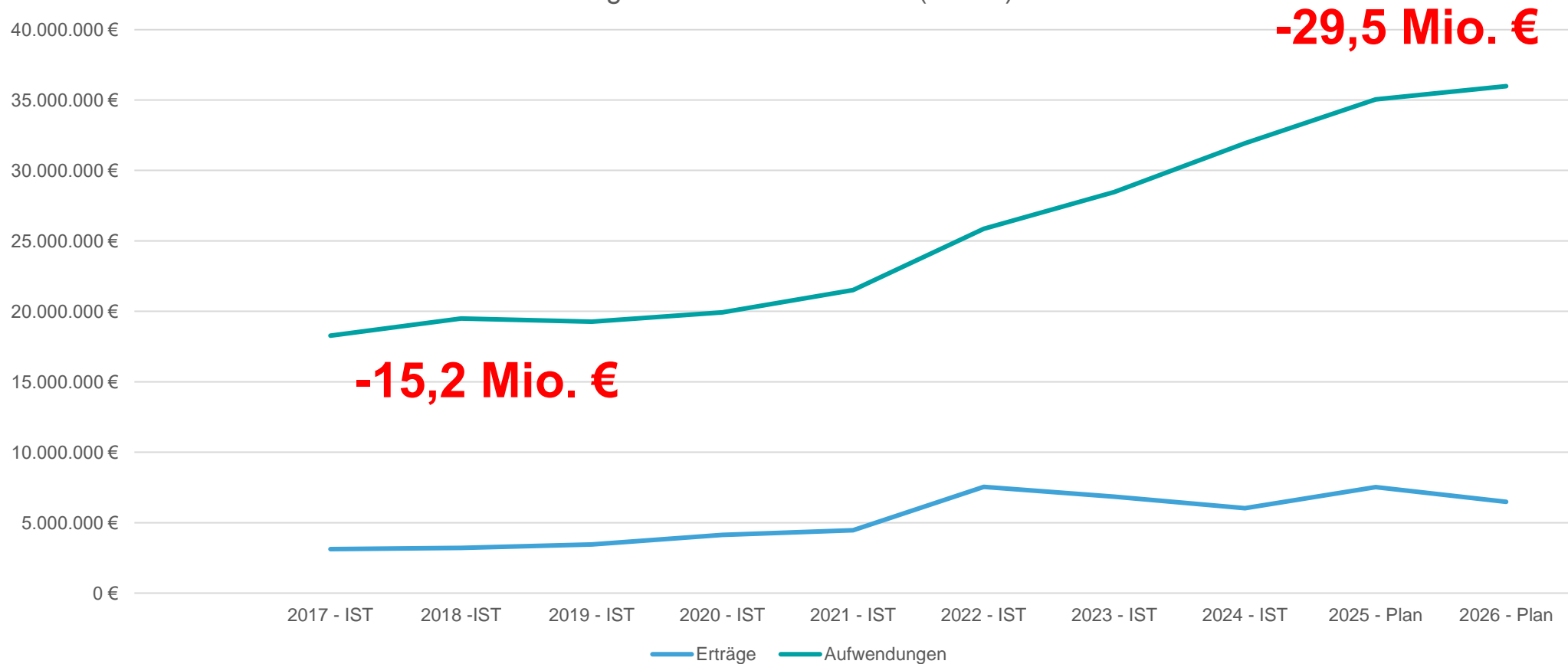


-16,1 Mio. €

Entwicklung Schulen



Ergebnishaushalt Schulen (PB 03)





Keine kostendeckenden Gebühren für Reisepässe und Personalausweise

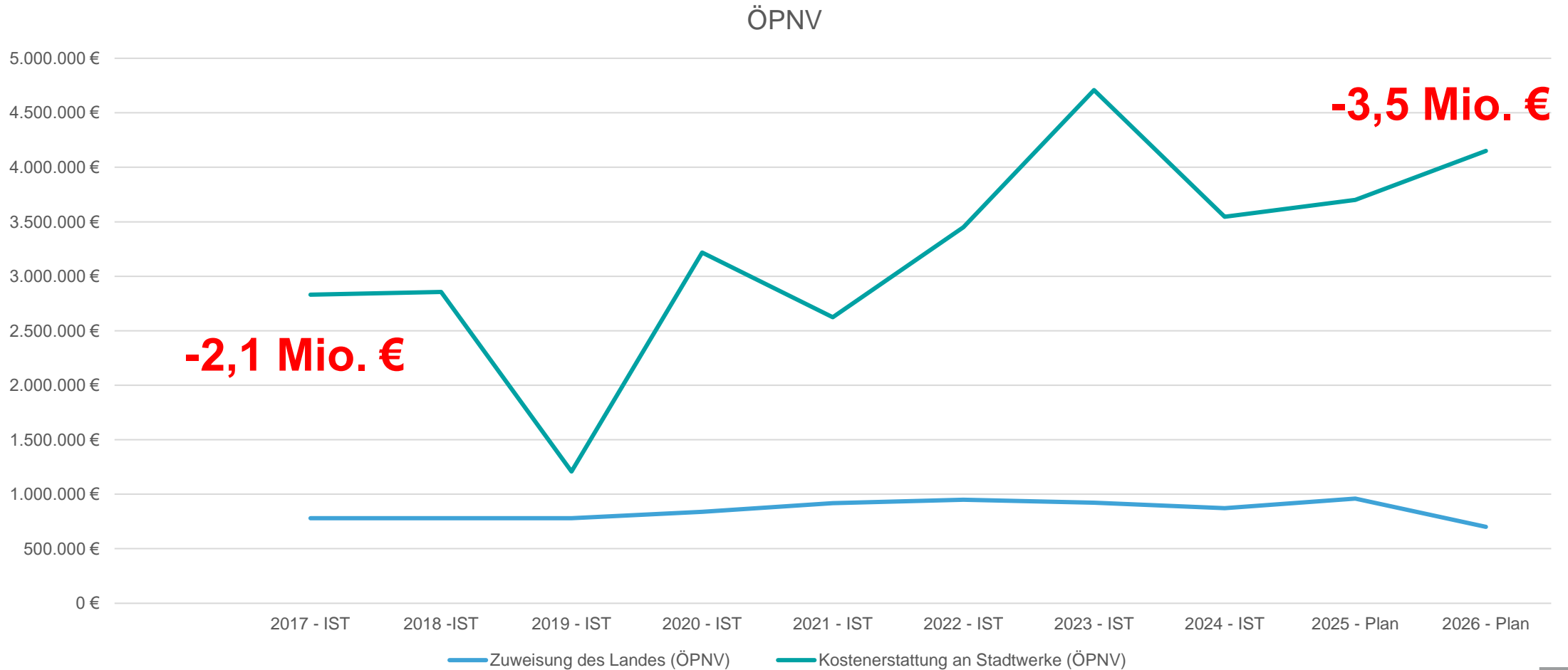
Dokument	Bis 31.07.2025	Ab 01.08.2025	Steigerung	Verwaltungskostenanteil*
Personalausweis	18,77 €	22,88 €	4,11 € 21,9 %	-0,08 €
Reisepass (32 Seiten)	37,35 €	41,46 €	4,11 € 11,0 %	-3,96 €

*bei unter 24-Jährigen



- Deutschland-Ticket
- Gestiegene Antragszahlen und nicht ausreichende personelle Ressourcen (z.B. Wohngeld, Fachkräfte-Einwanderungsgesetz...)

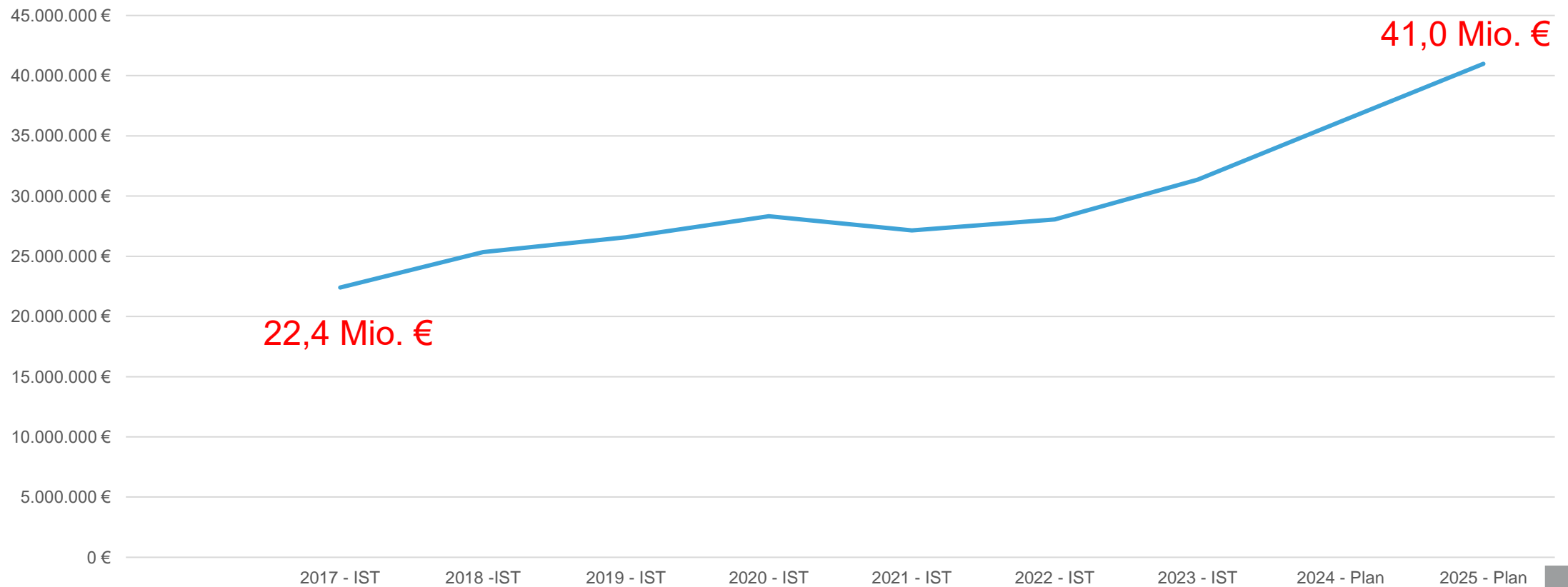
Entwicklung ÖPNV



Entwicklung Kreisumlage



Entwicklung der Kreisumlage



22,4 Mio. €

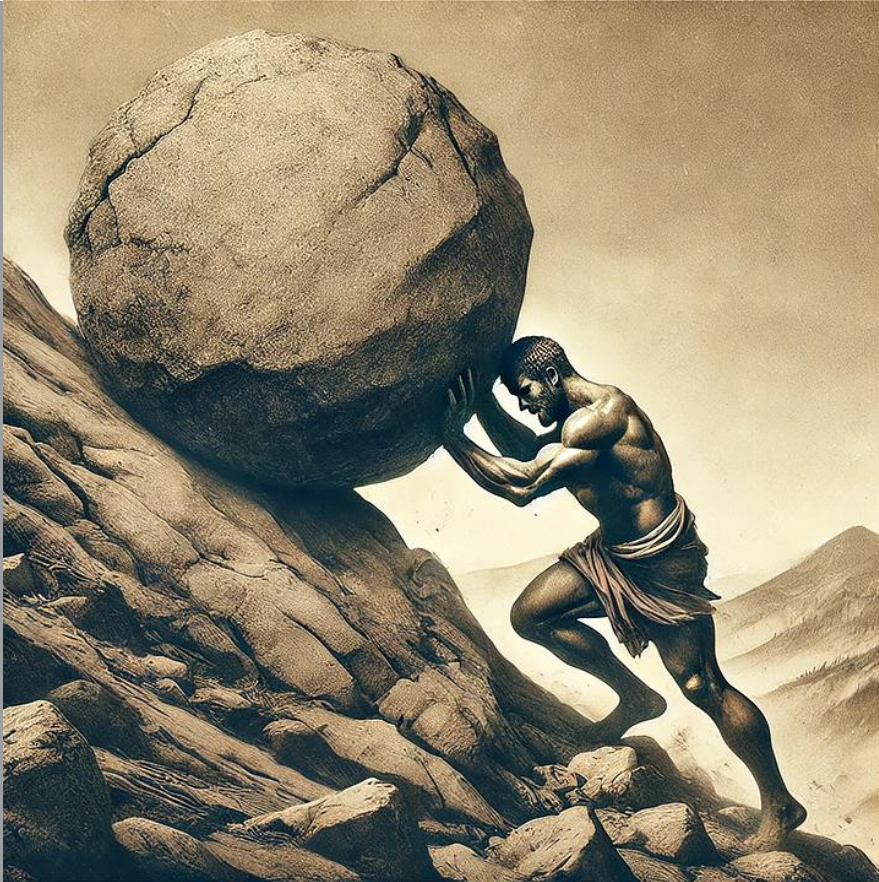
41,0 Mio. €



Schulumlage – Beispielrechnung HH 2026



- Zuschussbedarf für die städtischen Schulen: **29,5 Mio. €**
 - Schulumlage: 23,7 Mio. € (Berechnet aus: aktueller Schulumlagehebesatz von 26,58 % und aktuellen Kreisumlagegrundlagen von 89.819.730 €)
 - Dazu kämen aber noch die eigenen 29,5 Mio. € die mit auf die anderen kreisangehörigen Kommunen verteilt werden müssten.
 - Bei einer kreisweiten Schulumlage von rd. 99 Mio. € kämen 29,5 Mio. € für die Rüsselsheimer Schulen dazu +29,8 %.
- Das ergibt folgende Rechnung: $23,7 \text{ Mio. €} + 29,8 \% = \mathbf{30,76 \text{ Mio. €}}$
Schulumlage für Rüsselsheim.
- Mit dieser groben Rechnung ergibt sich kostenmäßiger Patt. 29,5 Mio. € zu 30,76 Mio. € bzw. ein leichter Vorteil für eigene Schulen.



Rückschläge auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt

- Gewerbesteuerrückzahlung
- Keine erhoffte Verbesserung im KFA

Gemeinsam Rüsselsheims Zukunft gestalten





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!!